



# Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

26. Oktober 2020

## Ägypten

### **Parlamentswahlen haben begonnen**

Am 24./25.10.20 war die Bevölkerung in 14 der 27 ägyptischen Provinzen dazu aufgerufen, ihre Stimme bei den Parlamentswahlen abzugeben; in den übrigen 13 Provinzen, u.a. in der Hauptstadt Kairo, findet die Abstimmung am 07./08.11.20 statt. Das endgültige Ergebnis der Abstimmung soll voraussichtlich Mitte Dezember 2020 bekanntgegeben werden. Die 4.000 Kandidaten, welche mehrheitlich dem Regierungslager unter Staatschef Abdel Fattah al-Sisi zugerechnet werden, bewerben sich auf insgesamt 596 Sitze im ägyptischen Unterhaus. Eine Vielzahl von Mitgliedern der zersplitterten Oppositionsgruppen des Landes befinden sich in Haft. Kritischen Stimmen zufolge stehe der Wahlausgang mit den Unterstützern al-Sisis als Sieger bereits im Vorfeld fest.

### **Todesstrafe in 49 Fällen vollstreckt**

Angaben von Menschenrechtsorganisationen und lokaler Medien zufolge sollen die ägyptischen Behörden zwischen dem 03.10. und 13.10.20 49 Todesurteile vollstreckt haben. 15 der hingerichteten Personen waren wegen politischer Gewalt zum Tode verurteilt worden. Obwohl die Behörden die Angaben nicht bestätigten, hatten regierungsnahen Zeitungen in den vergangenen Wochen von mehr als 30 vollstreckten Todesurteilen berichtet. Menschenrechtsorganisationen kritisieren, dass Angeklagte nur eingeschränkt Zugang zu rechtlichem Beistand erhalten und durch Folter erzwungene Geständnisse in Gerichtsverfahren verwendet würden. Zudem komme es immer wieder zu Massenverfahren, in denen den Betroffenen kein fairer Prozess ermöglicht werde.

## Afghanistan

### **COVID-19-Pandemie**

Trotz der internationalen Lieferungen von zehntausenden persönlichen Schutzausrüstungen und anderem medizinischen Material melden die Krankenhäuser landesweit einen Mangel an Ausrüstung. Besonders betroffen sind umkämpfte Gebiete wie etwa die Provinz Helmand, wo nach Schätzungen der Vereinten Nationen (UN) 35.000 Menschen intern vertrieben seien. Die Situation werde durch die Zerstörung oder Schließung von Gesundheitseinrichtungen, die rund 20.000 Menschen betreffe, weiter verschlechtert.

### **Anschläge, Kampfhandlungen, zivile Opfer**

Am 25.10.20 starben bei einem Anschlag des ISKP in Kabul mindestens 30 Menschen, mindestens 57 wurden verletzt. Bei den Opfern handelt es sich überwiegend um schiitische Schülerinnen und Schüler. Der Anschlag ereignete sich vor einem Schulzentrum (Kawsar-e-Danish Education Center) im schiitischen Stadtteil Dasht-e-Barchi. Nach Augenzeugenberichten trug der Attentäter eine Armeeuniform und versuchte, in die Schule zu gelangen, wurde aber aufgehalten. Am gleichen Ort verübte der ISKP schon im August 2018 einen Anschlag mit

über 50 Toten. Angehörige der Religionsgemeinschaft der Schiiten werden regelmäßig zum Ziel von Anschlägen des ISKP.

Am 21.10.20 kamen bei einem Luftangriff auf eine Moschee mindestens 12 Kinder ums Leben, mindestens 14 wurden verletzt.

Die Kämpfe in der südlichen Provinz Helmand werden fortgesetzt (vgl. BN v. 19.10.20). Nach Angaben des Provinzgouverneurs sei jedoch der Versuch der Taliban, die Hauptstadt Lashkargah einzunehmen, gescheitert.

Laut afghanischem Innenministerium habe es in der vergangenen Woche mehr als 350 Angriffe der Taliban gegeben, bei denen über 50 Zivilisten ums Leben gekommen seien. Nach Berichten vom 21.10.20 habe es im Oktober 2020 knapp 600 Angriffe der Taliban auf Sicherheitskräfte und Einrichtungen der Regierung gegeben. Dabei seien 180 Zivilisten getötet und 375 verletzt worden.

Nach Recherchen der New York Times starben im Oktober 2020 (Stand: 22.10.20) bei sicherheitsrelevanten Vorfällen in unterschiedlichen Provinzen mindestens 306 Pro-Regierungskräfte und 134 Zivilisten.

## **Albanien**

### **Präsident verweigert neuem Wahlgesetz die Unterschrift**

Laut einem Medienbericht hat Präsident Ilir Meta das Wahlgesetz, das am 05.10.20 vom Parlament verabschiedet worden war (vgl. BN v. 12.10.20), nicht unterschrieben und stattdessen an das Parlament zurückübermittelt. Im dazugehörigen Dekret des Präsidenten werden formale Gründe genannt, aber auch verschiedene Verstöße gegen allgemeine Wahlprinzipien, wie die Gleichheit der Wahl, moniert. Der Präsident habe auch mitgeteilt, am 21.10.20 die Venedig-Kommission des Europarats um eine Meinung zum Gesetz gebeten zu haben.

## **Armenien / Aserbaidshan**

### **Erneut Waffenruhe für Berg-Karabach vereinbart**

Im Konflikt um die Südkaukasus-Region Berg-Karabach haben sich Armenien und Aserbaidshan erneut auf eine Feuerpause geeinigt. Seit dem 23.10.20 verhandelte der US-amerikanische Außenminister Pompeo in Washington mit den Außenministern von Armenien und Aserbaidshan bezüglich eines Waffenstillstands. Am 25.10.20 wurde bekanntgegeben, dass ab dem Morgen des 26.10.20 eine erneute Waffenruhe in Kraft treten soll. Die sogenannte Minsker Gruppe der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) unter Führung Russlands, Frankreichs und der USA erklärte, es sei auch über die mögliche Überwachung einer Feuerpause sowie über Kernelemente zur Lösung des Konflikts gesprochen worden. Zuletzt waren zwei vereinbarte Waffenruhen, die das russische Außenministerium vermittelt hatte, gebrochen worden. Armenien und Aserbaidshan werfen sich gegenseitig vor, eine friedliche Lösung zu blockieren.

### **Zahl der Todesopfer und Fluchtbewegungen**

Russlands Präsident Putin zufolge habe es auf beiden Seiten bislang jeweils etwa 2.000 Todesopfer gegeben. Putins Angaben sind dabei wesentlich höher als die offiziellen Zahlen der beiden Konfliktparteien. Die Behörden in Berg-Karabach teilten mit, dass bisher 874 Soldaten getötet worden seien. Zudem seien bereits mehr als 30 Zivilisten gestorben. Die aserbaidshanische Seite spricht von 63 getöteten Zivilisten, nennt aber weiterhin keine Todeszahlen für das Militär.

Berichten zufolge soll sich rund die Hälfte der 150.000 Bewohner von Berg-Karabach auf der Flucht in Richtung der Republik Armenien befinden oder dort bereits Zuflucht gefunden haben, insbesondere Frauen und Kinder.

## **Bolivien**

### **Linkskandidat Arce gewinnt Präsidentschaftswahl**

Entgegen der meisten Prognosen hat der Kandidat der Bewegung für den Sozialismus (MAS), Luis Arce, die Präsidentschaftswahl bereits im ersten Wahlgang für sich entscheiden können. Das Oberste Wahlgericht erklärte am 23.10.20, dass Arce 55 % der Stimmen bekommen habe. Der konservative Ex-Präsident Carlos Mesa erzielte knapp 29 % der Stimmen, der rechtskonservative Kandidat Luis Fernando Camacho kam auf 14 %. Für einen Sieg

im ersten Wahlgang sind mehr als 50 % der Stimmen oder mindestens 40 % sowie zehn Prozentpunkte Vorsprung auf den Zweitplatzierten nötig. Die Wahlbeteiligung lag bei 87 % und damit um rund zehn Prozent höher als bei den letzten Wahlen. In Bolivien herrscht eine Wahlpflicht.

In einer improvisierten Pressekonferenz wandte sich Arce an die Bürger Boliviens: "Wir haben einen wichtigen Schritt nach vorn gemacht, wir haben die Demokratie und vor allem auch die Hoffnung zurückgewonnen." Arce versprach, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden. Er war Wirtschaftsminister unter Evo Morales, dem ersten indigenen Präsidenten Boliviens, der vor gut einem Jahr auf Druck des Militärs zurücktreten musste. Aus seinem Exil in Argentinien kündigte Morales seine Rückkehr nach Bolivien an.

## **Bosnien und Herzegowina**

### **Anklage gegen Geheimdienstchef wegen Amtsmissbrauchs**

Die Staatsanwaltschaft des Landes hat Osman Mehmedagić, Direktor des Nachrichten- und Sicherheitsdienstes (Obavještajno sigurnosna / bezbjednosna agencija BiH, OSA-OBA BiH), sowie Muhamed Pekić, Leiter der Einheit für Cybersicherheit von OSA-OBA BiH, wegen Amtsmissbrauchs angeklagt. Dies machte die Staatsanwaltschaft laut Medienberichten am 22.10.20 öffentlich. Den beiden Offiziellen wird vorgeworfen, auf verschiedene Weise Ressourcen von OSA-OBA BiH eingesetzt zu haben, um Informationen über eine Person zu erhalten, die eine anonyme Strafanzeige gegen Mehmedagić eingereicht hatte. Um was es in der anonymen Anzeige geht, wurde nicht mitgeteilt. Die Staatsanwaltschaft verlangte die Suspendierung beider Offizieller. Die Anklage muss noch vom zuständigen Gericht zugelassen werden.

## **Burundi**

### **Ex-Präsident Buyoya wegen Mordes verurteilt**

Das Oberste Gericht verurteilte nach unterschiedlichen Quellen am 19. oder 20.10.20 Ex-Präsident Pierre Buyoya wegen der Beteiligung an der Ermordung seines Amtsnachfolgers Melchior Ndadaye 1993 in Abwesenheit zu lebenslanger Haft. 15 Mitangeklagte, darunter frühere hochrangige Militärs, erhielten ebenfalls lebenslange Haftstrafen; drei weitere Angeklagte wurden zu je 20 Jahren Haft verurteilt. Nur fünf der Angeklagten waren während des Prozesses anwesend.

Ndadaye gewann 1993 die ersten demokratischen Wahlen in Burundi und war damit der erste Angehörige der ethnischen Gruppe der Hutu im Präsidentenamt. Nach seiner Ermordung im selben Jahr während eines Putschversuches durch Militärangehörige der Tutsi brach ein Bürgerkrieg aus, der bis 2006 etwa 300.000 Todesopfer forderte. Buyoya, ein ethnischer Tutsi, war 1987 bis 1993 und 1996 bis 2003 Präsident. Derzeit ist er der Vertreter der Afrikanischen Union (AU) für Mali und den Sahel. Er bezeichnete den Prozess als politisch motiviert.

## **China**

### **Abkommen mit Vatikan über Ernennung von Bischöfen verlängert**

Wie Vertreter des Vatikans und des chinesischen Außenministeriums am 22.10.20 erklärten, wird ein umstrittenes Abkommen über die Ernennung von Bischöfen um zwei weitere Jahre verlängert. Der 2018 geschlossene Vertrag regelt, dass katholische Bischöfe in beiderseitigem Einvernehmen ernannt und von beiden Seiten anerkannt werden. Sein Wortlaut ist vertraulich und wurde bisher nicht veröffentlicht. Befürworter erhoffen sich eine Entspannung der Situation der katholischen Kirche in China, die in eine staatlich anerkannte Kirche und eine nicht anerkannte Untergrundkirche gespalten ist. Kritikern zufolge führe das Abkommen zu erhöhtem, mitunter mit Menschenrechtsverletzungen verbundenem Druck auf Geistliche und Gläubige der Untergrundkirche seitens staatlicher chinesischer Stellen, sich der offiziellen katholischen Kirche anzuschließen.

## **Côte d'Ivoire**

### **UN fordert Gewaltstopp im Vorfeld der Wahlen**

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen (UN) hat laut Medienberichten am 22.10.20 die gewalttätigen Ereignisse im Vorfeld der für den 31.10.20 angesetzten Präsidentschaftswahlen verurteilt. Bei den Protesten sind in mehreren Orten Personen zu Tode gekommen. Staatliche Stellen hätten auf die Vorkommnisse mit dem Einsatz zusätzlicher Sicherheitskräfte reagiert. Die Gegner des ivoirischen Präsidenten Alassane Ouattara lehnen die gesamte Wahl als illegitim ab, weil Ouattaras Kandidatur zu einer dritten Amtszeit nach zwei fünfjährigen Amtszeiten verfassungswidrig sei (vgl. BN v. 21.09.20). Ouattara hatte sich im Sommer 2020 zu der Kandidatur entschlossen, nachdem sein Wunschnachfolger überraschend verstorben war (vgl. BN v. 03.08.20). Zwischenzeitlich haben Oppositionskandidaten ihre Kandidaturen zurückgezogen und ihre Anhänger zum sogenannten aktiven Boykott aufgerufen, mit dem Ziel, die Präsidentschaftswahl zu verhindern.

## **DR Kongo**

### **Angriff auf Gefängnis: Hunderte Häftlinge entkommen**

Am frühen Morgen des 20.10.20 kam es zu einem koordinierten Angriff auf das Kangbayi-Gefängnis in der Stadt Beni (Provinz Nord-Kivu). Zahlreichen Häftlingen soll die Flucht gelungen sein, verschiedene Medienberichten sprechen dazu von mehreren hundert, von über 900 oder gar von über 1.000 Häftlingen. Etwa 100 Insassen, überwiegend Alte und Kranke, verblieben in Haft; zwei Gefangene wurden nach Angaben des Bürgermeisters von Beni getötet. Im Kangbayi-Gefängnis sind Angehörige verschiedener Milizen einschließlich der Allied Democratic Forces (ADF) inhaftiert. Letzterer Gruppierung wird der Angriff auch zugeschrieben, wenngleich sich nach dem Angriff niemand dazu bekannte. Lediglich ein Medienbericht meldete, der IS, dem die ADF die Treue geschworen habe, habe den Angriff für sich reklamiert. Vertreter der Zivilgesellschaft von Beni werfen den Militärs, die für das Bewachen des Gefängnis verantwortlich waren, vor, keinen echten Widerstand zu leisten. In der Stadt habe es in den letzten sechs Jahren über 3.000 Todesopfer von Massakern gegeben, die meisten davon werden den ADF zugeschrieben. Bereits im Juni 2017 hatte es eine Attacke auf das Kangbayi-Gefängnis gegeben, bei der die Insassen befreit worden waren.

### **HRW: Teile der Armee unterstützen NDC-R-Miliz**

Human Rights Watch (HRW) wirft in einer am 20.10.20 veröffentlichten Mitteilung den Behörden des Landes vor, den Anführer einer Fraktion der Miliz Nduma Defense of Congo-Rénové (NDC-R), Guidon Shimiray Mwissa (bekannt als Guidon), trotz eines Haftbefehls vom 07.06.19 bislang nicht verhaftet zu haben. Die NDC-R soll vor einer Teilung im Juli 2020 größere Teile des Landes kontrolliert haben als jede andere bewaffnete Gruppierung, insbesondere die Distrikte Walikale, Lubero, Masisi, and Rutshuru in Nord-Kivu. Hohe Militärs hätten es Guidon ermöglicht, so große Landesteile zu kontrollieren. Der NDC-R werden zahlreiche Tötungen, Folter, Vergewaltigungen und Vertreibungen in den von ihr kontrollierten Gebieten vorgeworfen. Laut HRW hätten auch UN-Peacekeeper keine Versuche unternommen, Guidon festzunehmen. Ein Sprecher der Armee teilte laut einem Medienbericht mit, Regierungstruppen würden aktiv nach Guidon suchen.

## **Eritrea**

### **Eritreischer Präsident in Schweden wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt**

Die Organisation Reporter ohne Grenzen (ROG) hat in Schweden Strafanzeige gegen Eritreas Präsidenten Isaias Afwerki und andere hochrangige Regierungsvertreter gestellt. Grund dafür sei, dass Dawit Isaak, ein schwedisch-eritreischer Journalist, seit fast zwei Jahrzehnten ohne Kontakt zur Außenwelt gefangen gehalten werde. Er gehöre damit zu den am längsten inhaftierten Reportern weltweit.

Dawit kam 1987 als Flüchtling nach Schweden, nahm die dortige Staatsbürgerschaft an, kehrte jedoch nach der Unabhängigkeit Eritreas im Jahr 1993 in sein Heimatland zurück und arbeitete für die von ihm mitgegründete Zeitung Setit. Im September 2001 wurde er gemeinsam mit mehreren anderen Regierungskritikern verhaftet. Über

sein Schicksal ist nichts bekannt. Reporter ohne Grenzen stuft Eritrea im Index für Pressefreiheit auf Platz 178 von 180 Ländern ein.

Bereits 2014 hatte die Organisation Anzeige gegen den eritreischen Präsidenten und seine engsten Mitarbeiter gestellt, die von der schwedischen Staatsanwaltschaft mit der Begründung, die eritreischen Behörden würden voraussichtlich nicht zur Zusammenarbeit bei den Ermittlungen bereit sein, eingestellt wurde. Ein eritreischer Regierungsvertreter bezeichnete die erneute Anzeige als „absurd und lächerlich“.

## **Honduras**

### **Regierungskritischer Journalist und zwei Umweltaktivisten getötet**

Laut Medienberichten starb der Journalist Luis Almendáres am 28.09.20 im Universitätskrankenhaus der Hauptstadt Tegucigalpa an den Folgen von Schussverletzungen. Diese hatte er am Vorabend erlitten, als zwei unbekannte Motorradfahrer auf ihn feuerten. Zuvor soll er Morddrohungen erhalten haben. Almendáres nutzte in den letzten Jahren überwiegend Facebook, um auf Missstände im Land aufmerksam zu machen. Er ist der dritte 2020 getötete regierungskritische Medienvertreter. Im jüngsten Pressefreiheitsindex von Reporter ohne Grenzen belegt Honduras den 148. Platz. Auch Menschenrechts- und Umweltaktivisten werden regelmäßig bedroht und angegriffen. Das Observatorio de la Violencia de la Universidad Nacional Autónoma de Honduras (OV-UNAH) zählte seit Jahresbeginn bereits über 130 Opfer gezielter Attentate bewaffneter Gruppen. Zuletzt wurden Tötungen von Umweltaktivisten am 27.09.20 und am 13.10.20 gemeldet.

## **Indien**

### **Kaschmir: Einschränkungen der Informations-, Meinungs- und Pressefreiheit**

Am 19.10.20 wurden die Büroräume der englischsprachigen Zeitung Kashmir Times in Srinagar geschlossen. Sicherheitskräfte hatten ohne gerichtlichen Beschluss oder Vorwarnung Mitarbeitende zum Verlassen der Redaktionsräume aufgefordert.

Am 21.10.20 erließ die Regierung für 18 von 20 Distrikten in Jammu und Kaschmir eine Verfügung zur Aufrechterhaltung der Internetsperre für schnelle Verbindungen über dem 2G-Standard. Als Begründung wurde die absolute Notwendigkeit im Interesse der Souveränität und Integrität Indiens genannt.

Die Nichtregierungsorganisation Freedom House stellt in ihrem am 14.10.20 veröffentlichten Bericht zur Freiheit des Internets fest, dass außerdem internationale Online-Plattformen unter Druck gesetzt worden seien, kritische Kommentare zur hindunationalistischen Agenda der amtierenden Regierungspartei Bharatiya-Janata-Partei (BJP) und zum Vorgehen der indischen Zentralregierung im mehrheitlich von Muslimen bewohnten Unionsterritorium Jammu und Kaschmir zu löschen.

## **Irak**

### **Jahrestag der Protestbewegung**

Am 25.10.20 kam es erneut zu Protesten gegen die derzeitigen politischen Eliten des Landes, das System der Machtverteilung, die Präsenz des Irans in der irakischen Politik und die Gewaltanwendung durch die Sicherheitskräfte. Dabei kam es zu umfangreichen Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften, wobei auch Tränengas eingesetzt wurde. Am Tag zuvor hatte Premierminister Kadhimi eine Rede gehalten, in der er sowohl Protestierende als auch Sicherheitskräfte zur Mäßigung aufrief und letztere dazu ermahnte, keine tödliche Gewalt anzuwenden. Gegendemonstranten, überwiegend Anhänger proiranischer Parteien, warfen der Protestbewegung vor, im Interesse der USA zu agieren.

### **Vorfälle in den umstrittenen Gebieten**

In den zwischen der Autonomen Region Kurdistan (KR-I) und der irakischen Zentralregierung umstrittenen Gebieten kommt es nach wie vor verstärkt zu Sicherheitsproblemen, die überwiegend IS-Zellen zugeschrieben werden. So wurden in der Nähe Kirkuks am 17.10.20 drei Männer, ehemalige Peshmerga, in einer abgelegenen

Region bei der Suche nach einer entlaufenen Kuh erschossen und ihr Wagen in Brand gesetzt. Im Kreis Makhmour fuhr ein Wagen mit fünf Mitgliedern einer Familie auf eine improvisierte Sprengfalle. Vier der fünf Insassen des Autos starben.

## **Iran**

### **Religiöser Sittenbruch einer Frau in Zentral-Iran**

Eine ohne Kopftuch Fahrrad fahrende Frau hat in der ultrakonservativen Stadt Najafabad im Zentrum des Landes für öffentliches Ärgernis gesorgt. Die Radfahlerin sei daraufhin von der Polizei festgenommen worden, erklärte der örtliche Verwaltungspräsident am 20.10.20 laut der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA. Ihr würden „Normbruch und Respektlosigkeit gegenüber den islamischen Kleidervorschriften“ vorgeworfen. Zugleich fand in der stark religiös geprägten Stadt eine Protestaktion gegen die Radfahlerin statt.

Im Herbst 2014 wurden in Najafabad mehrere Säureattacken gegen Frauen verübt, die gegen islamische Kleidervorschriften verstießen. Die Täter wurden bisher nicht belangt. In den sozialen Netzwerken werden ultrakonservative Kreise mit Verbindungen zu radikalen Islamisten für die Attacken verantwortlich gemacht.

Frauen, die ohne Einhaltung der Kleidervorschriften in der Öffentlichkeit erscheinen, drohen 10 bis 60 Tage Haft, beziehungsweise eine Geldstrafe.

### **Bestrafung und Sorgerechtsentzug bei Konversion**

Ein Revisionsgericht entschied am 23.10.20, dass ein Kind muslimischer Eltern dürfe nicht bei nicht-muslimischen Adoptiveltern aufwachsen. Die Adoptiveltern hatten das Kind im Alter von 10 Wochen adoptiert und waren später zum Christentum konvertiert. Die Adoptivmutter Maryam Fallahi und ihr Ehemann Sam Khosravi waren bereits im Frühsommer vergangenen Jahres wegen des Vorwurfs der Konversion festgenommen worden. Fallahi wurde zu acht Millionen Toman (aktuell ca. 215 Euro) Geldstrafe verurteilt. Khosravi wurde zu einem Jahr Haftstrafe und zwei Jahren Aufenthaltsverbot in der Stadt Bushehr verurteilt.

## **Kirgisistan**

### **Politische Krise**

Im Zuge der gewaltsamen Unruhen und politischen Krise infolge der umstrittenen Parlamentswahl kündigte die Zentrale Wahlkommission für den 20.12.20 die Wiederholung der Parlamentswahl und für den 10.01.21 eine vorgezogene Präsidentschaftswahl an. Interimspräsident Sadyr Schaparow, der bei den Protesten aus dem Gefängnis befreit worden war, darf auf Grund seiner kommissarischen Ausübung des Präsidentenamts gemäß der Verfassung nicht bei dieser Wahl kandidieren.

## **Kosovo**

### **Auflösung der Polizei-Einheit zur Korruptionsbekämpfung**

Am 19.10.20 erklärte die Regierung die Auflösung der Anti-Korruptions Task Force, die Teil der kosovarischen Polizei ist. Begründet wurde der Schritt mit einer Verbesserung der Gewaltenteilung durch eine Stärkung der Staatsanwaltschaft. Am 21.10.20 äußerte sich die Sprecherin der EU-Kommission besorgt über die Auflösung der Anti-Korruptions Task Force. Genau am 19.10.20 hatte die EU-Rechtsstaatsmission EULEX ihren ersten „Justice Monitoring Report“ veröffentlicht. Der Bericht, der sich auch mit anderen Aspekten der Rechtsstaatlichkeit auseinandersetzt, empfahl bei der Korruptionsbekämpfung eine Stärkung der Task Force in der Polizei. Ihr sei es gelungen, sowohl komplexe Fälle im Bereich Finanzen als auch Fälle mit politisch bedeutenden Persönlichkeiten aufzudecken. Mit Blick auf die Sonderstaatsanwaltschaft (Special Prosecution of Kosovo, SPRK) wird hingegen bemängelt, die Eröffnung von formellen Ermittlungen werde verzögert, teils aufgrund einer zu hohen Arbeitsbelastung, teils mutmaßlich wegen externen Drucks. Dort, wo es zu Urteilen in Fällen mit Verbindungen zur Politik oder zur Finanzwelt gekommen ist, seien häufig lediglich niedrige Strafen und Freisprüche verkündet worden.

## **Libanon**

### **Einbruch der Volkswirtschaft**

Der Internationale Währungsfonds (IWF) veröffentlichte am 20.10.20 seine Prognose für die Entwicklung der libanesischen Wirtschaft. Für das Jahr 2020 geht er von einem Rückgang des BIPs um 25 % aus. Die Kombination der seit 2018 sich verschärfenden Wirtschafts- und Währungskrise zusammen mit der COVID-19-Pandemie und der Explosion am 04.08.20 haben zusammen einen massiven Effekt auf die wirtschaftlichen Aussichten. Der Libanon wird aller Voraussicht nach damit dieses Jahr zum Land mit der höchsten Staatsverschuldung relativ zum BIP weltweit werden.

### **Regierungsbildung**

Nachdem sich die politischen Größen des Landes auf Saad Hariri als Premierminister geeinigt haben, wurde vereinbart, dass dem neuen Kabinett 14 Minister angehören sollten. Das Kabinett wird damit im Vergleich zum vorherigen Kabinett um mehr als die Hälfte verkleinert. Die einzelnen Ministerien sollen mit unabhängigen Experten besetzt werden, die von den Parteien benannt werden. Am 26.10.20 soll eine Liste der benannten Personen vorgestellt werden, eine Bestätigung der Namen liegt gegenwärtig noch nicht vor.

## **Libyen**

### **Waffenstillstand vereinbart**

Militärvertreter von General Chalifa Haftar und Ministerpräsident Fayed al-Sarraj haben sich am 23.10.20 bei Verhandlungen in Genf auf einen Waffenstillstand in Libyen verständigt. Beide Konfliktparteien einigten sich auf einen Rückzug von den Frontlinien und die Demobilisierung bewaffneter Gruppen; ausländische Kämpfer sollen innerhalb von drei Monaten das Land verlassen. Zudem sollen Straßen und Flugverbindungen zwischen den Regionen wieder geöffnet werden.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die internationalen Unterstützermächte der jeweiligen Lager verhalten und ob diese gewillt sind, ihre Präsenz in dem nordafrikanischen Land aufzugeben. Die im Westen Libyens herrschende Regierung der Nationalen Einheit (GNA) wird von der Türkei unterstützt. Im Osten des Landes wird der unter starkem Einfluss General Haftars und seiner Libysch-Nationalen Armee (LNA) stehende Abgeordnetenrat (House of Representatives, HoR) von Russland, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Ägypten unterstützt.

Im November 2020 sollen weitere Gespräche der beiden Konfliktparteien in Tunesien folgen.

## **Myanmar**

### **Kämpfe in Rakhine-State**

Die Gefechte zwischen der Arakan Army (AA) und dem myanmarischen Militär (Tatmadaw) fordern Medienberichten zufolge zunehmend mehr Opfer. Vergangene Woche sollen von der AA drei Kandidaten der Regierungspartei National League for Democracy (NLD) entführt worden sein. Zu Beginn der COVID-19-Pandemie hatte die myanmarische Regierung eine Waffenruhe mit vielen einflussreichen Rebellenarmeen geschlossen, nicht jedoch mit der 2009 gegründeten AA. Diese wurde im April 2020 zu einer terroristischen Organisation erklärt.

## **Nigeria**

### **Tote bei landesweiten Protesten**

Bis 23.10.20 sind im Zusammenhang mit anhaltenden Protesten gegen Polizeigewalt und staatliche Willkür 51 Zivilisten, elf Polizisten und sieben Soldaten zu Tode gekommen. Das geht aus Medienberichten hervor, die sich auf Aussagen von Nigerias Präsident Muhammadu Buhari beziehen. Die #EndSARS genannten Proteste in Afrikas größter Volkswirtschaft dauern bereits seit dem 08.10.20 an (vgl. BN v. 19.10.20). Damit in Zusammenhang stehend soll am 22.10.20 eines der größten Gefängnisse Nigerias in Brand gesteckt worden sein. Die Lage in der Wirtschaftsmetropole Lagos wird für den Zeitraum 20.10. bis 22.10.20 als chaotisch und besonders gewalttätig

geschildert. Ausgelöst worden waren die Proteste durch ein Video, das laut Medienberichten zeigt, wie ein Angehöriger der inzwischen aufgelösten Eliteeinheit Special Anti-Robbery Squad (SARS) einen jungen Mann tötet.

## **Pakistan**

### **Pakistan weiterhin auf FATF-Beobachtungsliste für Terrorfinanzierung**

Pakistan bleibt auf der grauen Beobachtungsliste der Financial Action Task Force (FATF), wie diese am 23.10.20 bekannt gab. Zwar habe Pakistan 21 von 27 Maßnahmen zur Unterbindung der Terrorfinanzierung unternommen, diese seien aber noch nicht ausreichend. So waren im August 2020 verschiedene Sanktionen gegen mehrere verbotene Gruppierungen verhängt worden.

### **Explosion in Karachi**

Am 20.10.20 wurden bei einer Explosion in einem Gebäude nahe einem prominenten Verkehrsknotenpunkt in der bevölkerungsreichsten und größten Stadt Karachi (Sindh) mindestens fünf Menschen getötet und zwei Dutzend verletzt. Hintergründe sind nicht bekannt. Die Metropole im Süden war in der Vergangenheit immer wieder Schauplatz von politischer, ethnischer und krimineller Gewalt.

## **Serbien**

### **Ankündigung von Neuwahlen noch vor Ernennung der aktuellen Regierung**

Präsident Aleksandar Vučić kündigte am 20.10.20 die Durchführung der nächsten Parlamentswahl im April 2022 an. Damit soll die Wahl zeitgleich zur dann regulär anstehenden Präsidentschaftswahl sowie der Kommunalwahl in der Hauptstadt Belgrad stattfinden. Erst am 21.06.20 hatte die letzte Parlamentswahl unter Boykott von Oppositionsparteien stattgefunden (vgl. BN v. 22.06.20). Die Serbische Fortschrittspartei (SNS) von Präsident Vučić errang dabei 188 der 250 Mandate. Erst dreieinhalb Monate später, am 05.10.20, beauftragte der Präsident die bisherige Ministerpräsidentin Ana Brnabić mit der Regierungsbildung. Am 22.10.20 trat das Parlament erstmals zusammen und wählte den bisherigen Außenminister Ivica Dadić (Sozialistische Partei Serbiens, SPS) zum Parlamentspräsidenten. Am 25.10.20 gab Brnabić die Zusammensetzung ihrer neuen Regierung getragen von SNS, SPS und der Serbischen Patriotischen Allianz (SPAS) bestehend aus 23 Ministern, davon 11 Frauen, bekannt. Brnabić ist die erste serbische Spitzenpolitikerin, die sich offen zu ihrer Homosexualität bekennt. Politisch gilt sie als Aleksandar Vučić nahestehend, der seit 2012 in verschiedenen Positionen die Politik des Landes bestimmt. Der Politikwissenschaftler Vujo Ilić sieht im Vorziehen der Wahl einen Versuch, sowohl in Serbien als auch international die demokratische Glaubwürdigkeit des Präsidenten nach dem Wahlboykott durch die Opposition zu erhöhen. Das Zusammenlegen der Wahltermine erlaube der Regierungspartei gleichzeitig eine erhöhte Kontrolle der Agenda. Gerade in Belgrad hatte die Wahlbeteiligung am 21.06.20 nur bei rund 35 % gelegen, was als Ausdruck der dortigen Unzufriedenheit mit der Regierungspartei SNS gesehen wurde.

### **COVID-19-Pandemie**

Am 16.10.20 verbat die Regierung den Gemeinden, Zusammenkünften von mehr als 30 Personen eine Genehmigung zu erteilen. Corona-Patienten sollen nach Absicht der Regierung zukünftig in behelfsmäßigen Krankenhäusern behandelt werden, um Krankenhäuser für andere Patienten offen halten zu können. Insbesondere sollte eine Belgrader Sportarena umfunktioniert werden.

Seit Juli 2020 zirkuliert ein offener Brief der ad-hoc-Plattform „United Against Covid“ des medizinischen Personals, in welchem die Ablösung des Pandemie-Krisenstabs gefordert wird. Ursprünglich hatte der Brief etwa 350 Unterzeichner, Stand 14.10.20 waren es laut Medienberichten 2.827. Kritisiert wird eine Geheimhaltung der Daten zur Pandemie sowie politische Einmischung und Einschüchterung zulasten des medizinischen Personals. Die Plattform beklagt Druck auf Personal, das sich kritisch zur Regierungspolitik betreffend die Krise äußert, bis hin zu Degradierungen und Entlassungen. Einem Medienbericht zufolge seien auch sieben leitende Ärzte eines Militärkrankenhauses nach Unterzeichnung des offenen Briefes entlassen worden.

Eine Reportage des Balkan Investigative Reporting Network (BIRN) hatte am 22.06.20 aufgedeckt, dass die veröffentlichten Infektions- und Todeszahlen zu COVID-19 die tatsächlichen Werte deutlich unterschritten. So hätten etwa die Zahl der landesweiten Neuinfektionen in den vier Tagen vor der Parlamentswahl am 21.06.20 jeweils mehr als 300 betragen, wohingegen der für den Zeitraum 17.06.-20.06.20 höchste offizielle Tageswert bei 97 gelegen habe. Die Regierung stritt dies zunächst ab. Ende September 2020 gab ein Mitglied des Krisenstabs dann zu, dass die zutreffende Zahl der Todesfälle in einem gewissen Zeitraum im Juni 2020 die offiziell gemeldete Zahl um ein Dreifaches übersteige. Verantwortlich machte er dafür aber ein Problem im zentralen Informationssystem, und zwar schon bei der Meldung der Todesfälle an dieses. Am 01.10.20 kündigte Präsident Vučić eine Untersuchung der Zahlen an, fügte jedoch hinzu, keine großen Abweichungen zu erwarten. Die Behörden hätten nichts verschwiegen und würden auch in Zukunft transparent arbeiten.

Für Serbien zählt das European Centre for Disease Prevention and Control (ECDC) (Stand: 25.10.20) 38.872 bestätigte Infektionen und 789 mit COVID-19 in Verbindung stehende Todesfälle. In den letzten 14 Tagen hätten sich 4.187 Personen neu infiziert.

## **Sudan**

### **Streichung von der US-Terrorliste und Normalisierung der Beziehungen zu Israel**

Am 23.10.20 kündigte US-Präsident Donald Trump an, dass Sudan von der regierungsamtlichen Sanktionsliste Terror unterstützender Staaten gestrichen wird. Dies wird als wichtiger Schritt zur Verbesserung der finanziellen Lage des Sudans betrachtet. Die Erklärung erfolgt, nachdem die sudanesische Übergangsregierung mehr als 300 Millionen US-Dollar an amerikanische Opfer von Terroranschlägen überwiesen hat.

Gleichzeitig kündigte Trump an, dass Sudan und Israel einer Normalisierung ihrer Beziehungen zugestimmt haben. Damit wird Sudan das dritte arabische Land sein, das in diesem Jahr die Beziehungen zu Israel normalisiert. Das Abkommen ist jedoch im Sudan auf Widerstand gestoßen. Mehrere politische Parteien lehnten das Abkommen ab und Dutzende von Menschen gingen auf die Straße, um dagegen zu protestieren.

### **Proteste**

Am 21.10.20 fanden Proteste in Khartum und anderen Städten im ganzen Land statt. Demonstranten kritisierten, dass die Übergangsregierung nach einem Jahr an der Macht nicht in der Lage gewesen sei, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Die Demonstranten forderten auch Ergebnisse einer Untersuchung über die Auflösung der Proteste im Jahr 2019, bei denen Demonstranten getötet wurden. Berichten zufolge soll es zu Ausschreitungen gekommen sein, bei denen mindestens ein Demonstrant getötet und mehrere verletzt wurden. Die Sicherheitskräfte setzten Tränengas ein und sollen Journalisten angegriffen haben, die über die Proteste berichteten.

## **Syrien**

### **Türkische Armee evakuiert Militärposten**

Berichten zufolge hat das türkische Militär den südlichsten seiner zwölf Außenposten im Nordwesten Syriens geräumt. Bei dem türkischen Militärposten Morek handelt es sich gleichzeitig um eine der größten türkischen Stellungen in der Region.

Die Beobachtungsposten waren 2018 errichtet worden, um eine Eskalation zwischen syrisch-arabischen Rebellen und Regierungstruppen abzuwenden. Nach anhaltenden Kampfhandlungen und dem Vormarsch der Regierungstruppen im Jahr 2019 sahen sich jedoch mehrere der türkischen Außenposten plötzlich vom syrischen Militär umstellt.

Ob der gegenwärtige Abzug nur einen Rückzug in von Rebellen kontrolliertes Territorium oder einen allgemeinen Rückgang der türkischen Truppenstärke aus der Region ankündigt, kann zu diesem Zeitpunkt nicht gesagt werden. Neben Morek sind aktuell noch drei weitere der insgesamt zwölf Beobachtungsposten von Truppen der syrischen Regierung umstellt.

### **Hochrangiger Geistlicher getötet**

Am 22.10.20 tötete eine am Straßenrand platzierte Bombe den Mufti von Damaskus Mohammed Adnan Afiouni. Das syrische Staatsministerium für religiöse Stiftungen bestätigte den Tod des geistlichen Führers. Der Anschlag ereignete sich in Qudsaya, einem Ort westlich der Hauptstadt.

Afiouni spielte eine Schlüsselrolle bei vielen der sogenannten Aussöhnungsabkommen zwischen Rebellen und Regierung, bei denen erstere umkämpfte Nachbarschaften um Damaskus aufgaben, wofür ihnen freies Geleit in die letzte verbleibende Rebellenhochburg in und um Idlib gewährt wurde.

Die politische Bedeutung geistlicher Führer wie Afiounis wuchs in den Bürgerkriegsjahren, nachdem die Regierung diese mit der Bekämpfung von islamistischen Tendenzen beauftragte. Erst 2019 war Afiouni von Präsident Assad zum Leiter des neu gegründeten Islamischen al-Sham-Zentrums zur Extremismusbekämpfung ernannt worden.

## **Tansania**

### **Mehrere Tote im Süden des Landes**

Sicherheitskräfte in Tansania haben am 22.10.20 einen Angriff von mehr als 300 bewaffneten Männern aus Mosambik auf ein Dorf in der Region Mtwara im Süden Tansanias bestätigt, bei dem eine Woche zuvor mehrere Bewohner getötet wurden. Einige Angreifer seien verhaftet worden. Zu dem Angriff bekannte sich die Islamic State Central Africa Province (ISCAP). Ein Video, das in den sozialen Medien verbreitet wurde, zeigt die Enthauptung eines Mannes. Es ist das erste Mal, dass die tansanischen Behörden die Präsenz von Militanten aus Mosambik im Land öffentlich bestätigen. Die Grenzregion ist wegen Gasvorkommen für Investoren von besonderem Interesse. Einen Zusammenhang mit den am 28.10.20 anstehenden Wahlen in Tansania wurde allgemein nicht gesehen.

## **Thailand**

### **Weiterhin Proteste**

Am 21.10.20 kam es den siebten Tag in Folge zu Demonstrationen in der Hauptstadt, seit der 42. KW eskaliert die Lage. Die Polizei setzte Wasserwerfer, Gummigeschosse und chemische Flüssigkeiten gegen die Demonstranten ein. Viele Menschen, unter ihnen auch Kinder, wurden verletzt. Die Demonstranten fordern ein Ende des royalen Nepotismus, für die Royalisten ist diese Forderung eine Ungeheuerlichkeit.

Am 22.10.20 wurde von Ministerpräsident Prayuth das seit einer Woche geltende Notstandsrecht aufgehoben.

## **Türkei**

### **Warnung vor Terroranschlägen**

Die USA riefen am 23.10.20 alle US-Bürger in der Türkei zu erhöhter Wachsamkeit auf, da es glaubhafte Berichte über mögliche Terroranschläge gebe. Auch Entführungen von US-Bürgern oder Angehörigen anderer Nationalitäten in Istanbul und an anderen Orten in der Türkei zählten zu möglichen Bedrohungen. Alle diplomatischen Dienste in der Türkei, wie etwa die Visa-Vergabe, wurden vorübergehend ausgesetzt. US-Vertretungen in der Türkei waren in den vergangenen Jahren schon mehrmals das Ziel von Anschlägen oder Anschlagsdrohungen.

### **Weitere Richter und Staatsanwälte entlassen**

Nach Angaben der türkischen staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu vom 19.10.20 seien erneut elf Richter und Staatsanwälte wegen möglicher Verbindungen zur Gülen-Bewegung und zum Putschversuch von 2016 entlassen worden. Die Entscheidung sei vom Rat der Richter und Staatsanwälte getroffen worden.

## **Ukraine**

### **Kommunalwahl**

Am 24.10.20 fanden in der Ukraine Kommunalwahlen statt. Mehr als 1.400 Bürgermeister und Ortsvorsteher sowie mehr als 40.000 Abgeordnete von regionalen und kommunalen Parlamenten standen zur Wahl. Kiew seit 2014 regierender Bürgermeister Vitali Klitschko hat die absolute Mehrheit zur direkten Wiederwahl verfehlt und muss sich deshalb wohl am 15.11.20 einer Stichwahl stellen. Nach ersten Prognosen verfehlte der Amtsinhaber am Wahlsonntag im ersten Wahlgang mit rund 45 % der Stimmen die notwendige absolute Mehrheit. Erst im Laufe des 25.10.20 sollen genauere Auszählungsergebnisse vorliegen. Der bis 2013 amtierende Vorsitzende der Kiewer Stadtverwaltung Alexander Popow von der prorussischen Partei Oppositionsplattform kam mit rund neun Prozent hinter Klitschko auf Platz zwei und damit möglicherweise in die Stichwahl. Die Kandidaten der Partei von Präsident Wolodymyr Selenski konnten in keiner bedeutenden Großstadt des Landes gewinnen oder in die Stichwahl einziehen. Beobachter sehen daher die jetzigen Ergebnisse als Niederlage für den seit Mai 2019 regierenden Selenski.

## **Venezuela**

### **Oppositionsführer Leopoldo López im Exil**

Der Oppositionsführer Leopoldo López hat sich, wie am 24.10.20 bekannt wurde, ins Ausland zurückziehen können. López ist Vorsitzender der größten Oppositionspartei Venezuelas, der auch Juan Guaidó angehört. Er war 2015 inhaftiert und wegen seiner Rolle in den Protesten von 2014 zu 13 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. 2019 liefen die Geheimdienstagenten, die ihn im Hausarrest bewachten, zur Opposition über und befreiten ihn. Nach dem gescheiterten Versuch der Machtübernahme fand er Zuflucht in der spanischen Botschaft. López verfügt über die venezolanische und spanische Staatsangehörigkeit.

## **Weißrussland**

### **Andauernde Proteste gegen Präsident Lukaschenko**

Auch am vorigen Wochenende, dem elften Wochenende in Folge, fanden in mehreren Städten des Landes Protestkundgebungen gegen Präsident Alexander Lukaschenko statt. Sicherheitskräfte setzten Blendgranaten und Gummigeschosse gegen Protestierende ein. Der Menschenrechtsorganisation Wjasna zufolge wurden bei den Protesten mehr als 120 Personen festgenommen. In Minsk nahmen am 25.10.20 mehr als 100.000 Menschen an einem Protestzug teil. Präsident Lukaschenko kam der ultimativen Forderung der Opposition nach seinem Rücktritt bis zum 25.10.20 nicht nach. Für diesen Fall hatte die Opposition einen Generalstreik ab dem 26.10.20 angekündigt.

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration  
Briefing Notes  
**BN-Redaktion@bamf.bund.de**